

Bonn, 1. Februar 2010

Justitia et Pax Europa fordert Solidarität in Krisenzeiten

Zum Europäischen Jahr des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010

Die EU hat das Jahr 2010 zum "Europäischen Jahr des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung" ausgerufen. Aus diesem Anlass richtet die Europäische Justitia et Pax Konferenz, zu der Kommissionen aus 29 europäischen Ländern gehören, einen Aufruf an alle europäischen Nationen. „Wir müssen erkennen, dass unsere einzige Chance eine langfristige Antwort auf die aktuellen Krisen zu finden, in dem erneuten Bemühen um globale Solidarität und Kooperation liegt“.

Vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der Versuche, die gescheiterte und ungerechte bisherige internationale Finanzordnung zu erneuern, gewinnt das Thema des Europäischen Jahres 2010 eine neue Bedeutung. Die Krise stelle eine eindringliche Mahnung hinsichtlich des zerstörerischen Potentials eines unregulierten Wirtschaftswachstums dar sowie in Bezug auf Entwicklungsmodelle, die es versäumen, Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit anzusprechen. Die Erklärung weist aber auch auf Zeichen der Hoffnung hin und auf die eigene Fähigkeit, Veränderungen herbeizuführen.

Die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen appelliert an alle europäischen Staaten, im „Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ folgende Schritte zu unternehmen.

- Ergreifung von wirkungsvolleren Maßnahmen zum Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufgrund der Erkenntnis, dass dies für die Zukunft aller Nationen genauso wichtig ist wie der Schutz des Finanzsystems.
- Einführung eines Systems von Standards und Richtlinien zur Sicherstellung, dass wirtschaftliche und finanzielle Aktivitäten nicht zum Nachteil menschlicher Entwicklung durchgeführt werden und nicht im Widerspruch zu unseren Verpflichtungen hinsichtlich internationaler Solidarität stehen.
- Förderung von Transparenz durch Einführung von Standards oder Bezeichnungen für Unternehmen, die sich den o.g. Normen und Richtlinien verpflichten.
- Einführung einer Steuer für Finanztransaktionen zur Gewinnung von Mitteln für die Entwicklungshilfe.
- Unterstützung einer Entwicklungspolitik, die menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Ländern fördert.

- Abschaffung von unfairen Bedingungen für Entwicklungshilfe, wie z.B. für afrikanische Entwicklungsländer die Koppelung an die Zusammenarbeit mit Frontex (der EU-Grenzschutzagentur).
- Verstärkte Bemühungen in Europa zur Begrenzung der Ursachen des Klimawandels und Unterstützung von Entwicklungsländern bei ihrem Einsatz gegen den Klimawandel durch die Bereitstellung von ausreichenden Ressourcen, unter Berücksichtigung ihrer eingeschränkten Möglichkeiten, mit den Folgen des Klimawandels fertig zu werden.

Die Deutsche Kommission setzt sich auch in 2010 für die Ratifizierung und Umsetzung internationaler sozialer Standards für menschenwürdige Arbeit und entsprechender Konventionen ein wie z.B. der Heimarbeitskonvention. Die Konvention für Wanderarbeiter und ihre Familien war bereits Gegenstand einer konzertierten Aktion der Europäischen Justitia et Pax Konferenz.

Mit dem Bündnis „Steuern gegen Armut“ engagiert sich die Deutsche Kommission aktuell für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Die Erklärung im Wortlaut und weitere Informationen unter:

www.justitia-et-pax.de und www.juspax-eu.org

Die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen (Justitia et Pax Europa oder CEJPC) ist ein europäischer Zusammenschluss von 31 nationalen Justitia et Pax Kommissionen. Jede wurde von der jeweiligen katholischen Bischofskonferenz des Landes eingerichtet oder anerkannt. Das Sekretariat der CEJPC befindet sich gegenwärtig in Paris (Frankreich).

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Redaktion:

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Gertrud Casel, Geschäftsführerin

für Rückfragen:

Gertrud Casel
Tel: 0228 - 103 303